Bönninghardter Heide als Beispiel preußischer Peuplierungspolitik

Schlagwörter: Dorf, Heidelandschaft
Fachsicht(en): Kulturlandschaftspflege
Gemeinde(n): Alpen, Issum
Kreis(e): Kleve (Nordrhein-Westfalen), Wesel
Bundesland: Nordrhein-Westfalen





Die Bönninghardter Heide auf der Preußischen Uraufnahme 1836-1850
Fotograf/Urheber: Geobasis NRW

Die Besiedlung der Bönninghardter Heide ist ein Beispiel für das Bestreben der Preußen, den ihnen zur Verfügung stehenden Raum etwa durch die Kultivierung der Heideflächen optimal ausnutzen zu wollen. Dies wird besonders deutlich, da man das Vorhaben trotz der schlechten Bodenqualität nicht aufgab.

Preußische Peuplierungspolitik am Niederrhein in der Stadt und auf dem Land
Die Besiedlung der niederrheinischen Heideflächen durch Pfälzer Emigranten
Die Besiedlung der Bönninghardter Heide
Auswirkungen auf die Kulturlandschaft
Anmerkungen

Preußische Peuplierungspolitik am Niederrhein in der Stadt und auf dem Land

Die Preußen betrieben eine Peuplierungspolitik (Peuplierung meint die planmäßige Besiedlung eines dünn besiedelten Raumes) in den unter ihrer Herrschaft stehenden Gebieten. Der Niederrhein stand schon seit dem frühen 17. Jahrhundert unter preußischem Einfluss, wohingegen das restliche Rheinland erst im Jahre 1815 auf dem Wiener Kongress preußisch wurde. Gezielte peuplierungspolitische Bemühungen wurden am Niederrhein ab den 1770er Jahren betrieben.
Der Dreißigjährige Krieg (1618-1648) und der Siebenjährige Krieg (1756-1763) hatten vor allen Dingen in den Städten schwere räumliche und demographische Zerstörung angerichtet. Die Einwohnerzahlen waren gesunken, viele Hausstellen lagen wüst oder waren komplett zerstört. Dies bot den Ansatz für die preußische Regierung, eine Bevölkerungsverdichtung in den Städten anzustreben und so die vorhanden Potenziale besser zu nutzen. Sie wollten hierdurch eine optimale Besiedlung des städtischen Raumes erreichen. Vor allen Dingen wurden spezialisierte Arbeiter der verschiedenen Handwerksprofessionen benötigt, um das auf Arbeitsteilung basierende städtische Leben aufrechterhalten zu können. Aber auch Fabrikanten waren gefragt, die durch die Gründung von Betrieben den Städten wirtschaftliche Impulse verleihen konnten. Studien belegen, dass in den niederrheinischen Städten eine Fläche von 15% raumwirksam wiederbesiedelt werden konnte (Zbroschzyk, 2014). Erreicht wurde dies durch monetäre staatliche Subventionen, nicht nur für Zuzügler, sondern auch für Einheimische, die die Wiedererrichtung zerstörter Bauwerke unterstützten. Allerdings beschränkte sich die stadtbezogene Peuplierungspolitik auf die Wiederherstellung vorkriegerischer Verhältnisse, eine additive Stadtkolonisation, also eine Expansion der Städte, konnte trotz diesbezüglicher Planungen am Niederrhein lediglich in Krefeld realisiert werden. Dies war möglich, da sich hier mennonitische Glaubenflüchtlinge

niederließen, die durch die Gründung zahlreicher Manufakturbetriebe die Wirtschaft und damit auch das Wachstum der Stadt ungemein antreiben konnten.
Der Ansatz der ländlichen Peuplierungspolitik war verglichen mit der städtischen hingegen ein additiver, da die Zerstörungen durch die Kriege nicht so verheerend waren wie in den Städten. Ziele waren vor allen Dingen, die Besiedlung und die Urbarmachung von wüstliegenden Heidegründen. Fremde niederlassungswillige Emigranten sollten die schwer zugänglichen Böden in Kultur bringen. Dieses Ziel verfolgten die Preußen im preußischen Kernland und auch am Niederrhein. Am Niederrhein sollten pfälzische Siedler dieses Unterfangen zum Erfolg führen, wovon unter anderem die pfälzischen Siedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und die hier beschriebene Bönninghardter Kolonie zeugen. Die deutlichen Folgen für die Kulturlandschaft dieser ländlichen Peuplierungspolitik sind bis heute am Niederrhein sichtbar.

Die Besiedlung der niederrheinischen Heideflächen durch Pfälzer Emigranten

Die Besiedlung der Bönninghardter Heide erfolgte durch Emigranten aus der Pfalz, die in der Gocher Heide und dem dort entstandenen Pfalzdorf bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts (1741) angesiedelt wurden. Als die Flächen in der Gocher Heide knapp wurden, erfolgte die Ansiedlung in der Asperdischen Heide und in der Bönninghardter Heide. Gründe für das Verlassen der Pfalz waren unter anderem die Bestrebungen des Kurfürsten Wilhelm I. zur Rekatholisierung seines zuvor protestantischen Herrschaftsbereichs in Folge der Heirat mit einer bayrischen Prinzessin. Ebenso wurde seine verschwenderische Hofführung angeprangert. Viele Pfälzer wollten daraufhin in Richtung Amerika über Rotterdam auswandern. Als ihnen aufgrund des ausbrechenden Österreichischen Erbfolgekrieges die Weiterreise nach Rotterdam verweigert wurde, reichten sie eine Bittschrift an die Klevische Kammer ein, in der sie um einen Platz zur Besiedlung auf preußischem Gebiet baten. Dieser wurde ihnen in der Gocher Heide, dem späteren Pfalzdorf, zugeteilt. Die Ansiedlung in der Bönninghardter Heider erfolgte ab den 1770er Jahren.

Die Besiedlung der Bönninghardter Heide

Die Voraussetzungen für die Besiedlung der Bönninghardter Heider waren aufgrund der politischen Gegebenheiten zunächst schwierig: Der exakte Verlauf der Grenzen der Herrschaftsbereiche war nicht eindeutig gezogen. Der nördliche Teil der Bönninghardter Heide gehörte rechtlich dem (preußischen) Herzogtum Kleve an, der südliche Teil war kurkölnisch (die hier erfasste Geometrie spiegelt größtenteils den preußischen Bereich wider). Ebenso waren die naturräumlichen Bedingungen alles andere als optimal. Auf den als Weide genutzten unfruchtbaren Böden wuchs Heidekraut. Wasser war nur spärlich vorhanden. Durch eine Urbarmachung erhoffte man sich eine Aufwertung der Böden, so dass diese für den Ackerbau ausreichten.
Den Preußen war klar, dass sie bei ihrer Peuplierungspolitik auf die lokalen Akteure angewiesen waren, da nur sie die Besonderheiten des Standortes kannten. Dieser Sachverhalt wird in mehreren im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen gut dokumentierten Briefwechseln zwischen dem preußischen Kriegsrat Sandrart und dem Sonsbecker Bürgermeister Everts sowie dem Sonsbecker Magistrat deutlich. In diesen bittet der Kriegsrat den Bürgermeister und den Magistrat von Sonsbeck bereits im Jahre 1769 um die Unterstützung der Kolonisten durch lokale Kräfte. Nach einer Begutachtung der Fläche durch die potenziellen Kolonisten äußern diese ihre Bedenken aufgrund der geringen Fruchtbarkeit der Böden. Ebenso empfiehlt der Magistrat von der Besiedlung der Bönninghardter Heide abzusehen. Trotz dieser Bedenken schreibt Sonsbeck an den Magistrat im Jahre 1770, dass sich die ersten drei oberpfälzischen Kolonisten auf dem Weg befinden. Diese Kolonisten sollen in den ersten Wochen freie Nahrung erhalten. Der Magistrat widerspricht diesem Wunsch, da es für Sonsbeck unmöglich wäre, dem nachzukommen. Ob diese Darstellung der Wahrheit entspricht oder ob die Verweigerung zur temporären, freien Verköstigung der Kolonisten auf der grundsätzlichen Ablehnung gegen die preußische Peuplierungspolitik und einer Angst um einen Nutzungskonflikt um den die Stadt Sonsbeck umgebenden ländlichen Raum fußt, ist nicht abschließend zu klären. Zbroschzyk (2014) vermutet in beiden möglichen Gründen einen Funken Wahrheit. Jedenfalls erfolgte nach einer gemeinsamen Begehung des Geländes des Kriegsrates und des Bürgermeisters sowie den Kolonisten die Zuteilung des Landes. Zunächst werden Flächen in der Nähe der Wasserlöcher verteilt. Nach der Zuteilung von freiem Quartier für die Anfangszeit in der Stadt Sonsbeck (worüber wiederum keine Einigkeit herrschte) versprachen die Kolonisten alsbald mit der Urbarmachung des Landes zu beginnen. Der Magistrat erfasste daraufhin in tabellarischer Form vier Pfälzer Kolonisten:

Name	Vermögen	Woher	Welcher Jurisdiction zugehörig
Wilhelm Scherff	hat nichts	aus Ringenheim in der Pfalz	unter der Jurisdiction der Fürsten von Löwenstein
Henrich Illian	181 rthl. 21 st.	aus kayserslautern in der Pfaltz	unter der kurfürstlichen Oberamts Jurisdiction

Henrich Tillman	500 Gulden	aus dem Darmstädtischen	aus dem Amt Zecheim
Philip Runckel	300 Gulden	aus Pappenheim bey Maynz	--------

Bereits am 17. März 1770 schreibt Sandrart an den Magistrat, dass ein weiterer Siedler um die Zuteilung von Land gebeten hat. Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer zeigt sich daraufhin äußerst zufrieden mit den Bemühungen des Kriegsrats. Durch die aktive Anwerbung und die Unterstützung in der Anfangszeit zeigt sich, wie bemüht die Preußen in ihrer Peuplierungspolitik waren. Weitere Familien aus der Pfalz zogen in der Folge an den Niederrhein, so dass Sandrart zum Ende des Märzes 1770 bereits auf 10 Familien zu insgesamt 44 Seelen verweisen konnte. Die Ablehnung dieses voranschreitenden Prozesses durch den Magistrat bestand indessen fort. Dieser gab sogar an, dass er bei einer Versorgung weitere Siedler einen Aufstand der eingesessenen Stadtbevölkerung befürchte. Weiter gab er zu bedenken, dass auf dem vorhandenen Boden kein Getreide zu ziehen sei. Dies sei nur unter dem kostspieligen Einsatz von umfassender Düngung möglich, weswegen der preußische Staat nicht auf einen Gewinn hoffen solle. Diese Aussagen zeigen die inzwischen deutlich hervorgetretenen Diskrepanzen zwischen der ungebrochenen Motivation zur optimalen Ausnutzung des Raumes durch die preußische Regierung und den Widerstand lokaler Kräfte gegen diese Peuplierungspolitik.
In den folgenden Jahren begeben sich die Kolonisten mit ganzer Kraft an die Urbarmachung der Heide, in den Dokumenten wird mehrfach auf ihren Fleiß verwiesen. Es ist dennoch unklar, wie die Siedler die Wintermonate überstehen sollen. Die Erträge auf den bereits kultivierten Flächen sind gering. Viele verdingen sich als Bettler oder (so wird vermutet) als Diebe. Sie müssen unter erbärmlichen Bedingungen leben. Der Magistrat von Sonsbeck wird nicht müde, auf diesen Umstand hinzuweisen. Die preußische Regierung hingegen glaubt weiterhin an den Erfolg ihres binnenkolonisatorischen Projektes und hofft auf eine Steigerung der Erträge, wenn die Flächen komplett urbar gemacht worden sind und die Siedler ihre Häuser errichtet haben. Es werden daher weitere Subventionen bewilligt. Die Siedler erhalten beispielsweise kostenfrei eine Hacke, ohne die sie den Boden nicht bearbeiten können. Kredite zur Beschaffung der Baumaterialien für die Häuser oder zur Anschaffung einer Kuh werden ausgezahlt.

Hierdurch werden alsbald auch Familien angezogen, die nicht aus der Pfalz stammen. Mindestens eine Familie aus Alpen ist belegt. Sie lebte bisher zwar nur eine kurze Distanz von der Bönninghardter Heide entfernt, aufgrund der dennoch nötigen Grenzüberschreitung hatte sie aber dennoch Anspruch auf die staatlichen monetären Zuwendungen zur Urbarmachung des ihr (kostenfrei) zugeteilten Grundes. So waren bereits 1775 alle verfügbaren Heideflächen verteilt. Für dieses Jahr wurden 50 Personen gezählt, die in der Bönninghardter Heide unter ärmlichsten Umständen lebten. Die Kolonisten hausten in der Regel in provisorischen Plaggenhütten. Die Interessengemeinschaft für Geschichte und Natur Bönninghardt 1991 e.V. baute einige solcher Plaggenhütten in Bönningahrdt in den Jahren 2011/2012 nach, so dass noch heute ein Eindruck von den damaligen Lebensumständen gewonnen werden kann.

Aus den erhaltenen Akten geht hervor, dass im Jahre 1785 auch bei der preußischen Regierung die Einsicht eintrat, dass der Boden der Heide völlig unfruchtbar sei, so wie es bereits zu Beginn des Projektes von den lokalen Amtsträgern geäußert wurde. Besonders die Wasserhaltefähigkeit der Böden war schlecht. Ab dem Jahr 1786 wurde den Kolonisten daher der Bau von Brunnen subventioniert.
Trotz aller Anstrengungen von öffentlicher Seite blieben die erhofften Erträge weiterhin aus. Dass überhaupt über so einen langen Zeitraum in die Besiedlung der Bönninghardter Heide investiert wurde, zeigt abermals den unbedingten Willen der Preußen, den ihnen zur Verfügung stehenden Raum optimal auszunutzen. Eine unkultivierte Heidefläche widersprach dieser Vorstellung.

Aufgrund der ausbleibenden landwirtschaftlichen Erträge entwickelte sich das Besenbinderhandwerk. Auf diese Weise hofften die Siedler eine Grundversorgung aufrechterhalten zu können. Das für das Binden von Besen geeignete Heidekraut wuchs zur Genüge.
Und so ist es trotz der widrigen Umstände erstaunlich, dass die Kolonie beständig wuchs. Im Jahre 1799 werden 177 erwachsene Siedler gezählt. Für das Jahr 1840 sind 184 Familien zu insgesamt 940 Personen verzeichnet. Dennoch entwickelten sich aufgrund der Umstände keine klassischen dörflichen Strukturen, so blieb beispielsweise die Anlage eines zentralen Dorfplatzes aus. Die Situation verbesserte sich erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, als der Fortschritt den Böden höhere Erträge abringen konnte. Die Verbesserung der Situation wird durch die Anlage einer Schule und einer Kirche in dieser Zeit belegt. Insgesamt betrachtet bietet der Prozess der Besiedlung der Bönninghardter Heide ein exemplarisches Bild für die preußische Peuplierungspolitik auf dem Land.

Auswirkungen auf die Kulturlandschaft

Zwar hat die Besiedlung der Bönninghardter Heide nicht den erhofften Nutzen für die preußische Kämmereikasse eingebracht, doch ist die Raumwirksamkeit der Peuplierung des Gebietes aufgrund der anthropogenen Eingriffe aus kulturlandschaftlicher Sicht bis heute persistent. Die Urbarmachung der unkultivierten Heideflächen, die Saat von Roggen und Kartoffeln und der Bau von Hütten/Häusern und Scheunen, veränderten das Bild dieser Landschaft bis heute grundlegend.

Anmerkungen

Die hier aufgeführte Beschreibung der Bönninghardter Heide als Beispiel preußischer Peuplierungspolitik auf dem Land basiert inhaltlich zu großen Teilen auf der Dissertation mit dem Titel „Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher Umsetzung im 17. - 18. Jahrhundert“ von Markus Zbroschzyk aus dem Jahr 2014, angefertigt an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Der Autor wertet darin zahlreiche Primärquellen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen aus, die ein genaues Bild besonders für den Anfang der Besiedlungsphase der Bönninghardter Heide in den 1770er Jahren entwerfen. Insbesondere sind die Schicksale einzelner Siedlerfamilien detailliert beschrieben. Aufgrund von zahlreichen Zitaten aus Briefen, Akten und Protokollen entsteht ein lebendiges Bild der damaligen Situation.

(Christoph Boddenberg, Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, 2014)

Internet

www.plaggenhuette.org: Interessengemeinschaft für Geschichte und Natur Bönninghardt e.V. (abgerufen: 05.11.2014)

Literatur

Zbroschzyk, Markus (2014): Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern, und Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher Umsetzung im 17.-18. Jahrhundert. (Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde.) Bonn.

Bönninghardter Heide als Beispiel preußischer Peuplierungspolitik

Schlagwörter: Dorf, Heidelandschaft
Straße / Hausnummer: Bönninghardter Heide
Ort: Alpen, Issum
Fachsicht(en): Kulturlandschaftspflege
Erfassungsmaßstab: i.d.R. 1:5.000 (größer als 1:20.000)
Erfassungsmethoden: Auswertung historischer Schriften, Auswertung historischer Karten, Literaturauswertung, Fernerkundung
Historischer Zeitraum: Beginn 1770
Koordinate WGS84: 51° 34 35,95 N: 6° 28 39,49 O / 51,57665°N: 6,47764°O
Koordinate UTM: 32.325.222,50 m: 5.716.968,80 m
Koordinate Gauss/Krüger: 2.533.154,72 m: 5.715.908,78 m

Empfohlene Zitierweise

Urheberrechtlicher Hinweis: Der hier präsentierte Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Die angezeigten Medien unterliegen möglicherweise zusätzlichen urheberrechtlichen Bedingungen, die an diesen ausgewiesen sind.

Empfohlene Zitierweise: „Bönninghardter Heide als Beispiel preußischer Peuplierungspolitik“. In: KuLaDig, Kultur.Landschaft.Digital. URL: https://www.kuladig.de/Objektansicht/O-106817-20141103-2 (Abgerufen: 4. November 2026)

Copyright © **LVR**

LVR
Qualität für Menschen

HESSEN

SH
Schleswig-Holstein
Der echte Norden

RheinlandPfalz

Rheinischer Verein
Für Denkmalpflege und Landschaftsschutz